

## Für eine zuverlässige, preisgünstige und umweltschonende Energieversorgung

### Thüringisch-bayrisches Positionspapier zur Energiepolitik

28. April 2021

#### I. Vorwort

Eine zuverlässige, preisgünstige und umweltschonende Energieversorgung Deutschlands ist unser oberstes energiepolitisches Ziel. Unsere Energiepolitik zielt dementsprechend darauf ab, Deutschlands Position im internationalen Wettbewerb zu sichern, Netzausfälle zu vermeiden und die finanzielle Belastung der Bürger zu reduzieren. Zugleich dient diese Politik dem Schutz von Natur und Heimat. Die Erfahrung zeigt: Ein Energiemix aus Kohle, Erdgas, Öl und Kernenergie sichert eine verlässliche und bezahlbare nationale Energieversorgung, die zudem gut mit dem Schutz unserer Natur zu vereinbaren ist. Wir sprechen uns daher gegen den pauschalen „Ausstieg“ aus der Energiegewinnung durch Kohle, Erdgas und Kernenergie aus. Die rein ideologisch begründete sogenannte Energiewende lehnen wir ab und treten für eine Neuordnung der nationalen Energiepolitik ein.

#### II. Die „Energiewende“ ist gescheitert

Der seit dem Jahr 2000 mit dem Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) vorangetriebene, staatlich verordnete Ausbau der Versorgung mit sogenannter erneuerbarer Energie ist teuer, unsozial, widerspricht marktwirtschaftlichen Prinzipien, gefährdet die Stromversorgung in hohem Maße und führt zu gravierenden Umweltschäden. Durch das im Jahr 2011 beschlossene endgültige Ende der deutschen Kernkraftnutzung und den für das Jahr 2038 geplanten kompletten Kohleausstieg gehen nicht nur die tragenden Säulen unserer Energieversorgung verloren, vielmehr werden wir noch abhängiger von Stromimporten aus europäischen Ländern. Vor diesem Hintergrund ist es erst recht utopisch, wenn von Vertretern der Altparteien sogar der langfristige Ausstieg aus der Öl- und Gasenergie gefordert wird.

Durch die „Energiewende“ ist der durchschnittliche Strompreis für Privathaushalte im Jahr 2020 auf einen historischen Höchststand von über 30 Cent pro Kilowattstunde (kWh) gestiegen. In Frankreich kostete eine Kilowattstunde im selben Jahr 19 Cent, in Polen 14,75 Cent. Eine vierköpfige Familie, die 4.000 kWh im Jahr verbraucht, musste hierzulande also 1.200 Euro im Jahr zahlen, während sie in Frankreich mit 760 Euro und in Polen mit 590 Euro für den Strom auskam. Die seit Beginn des Jahres 2021 erhobene CO<sub>2</sub>-Steuer belastet insbesondere einkommensschwache Familien sowie kleine und mittlere Betriebe zusätzlich, indem Emissionen von Heizungen und Fahrzeugen besteuert werden. Für das Beheizen eines Einfamilienhauses etwa entstehen anfangs ca. 160 Euro Mehrkosten pro Jahr

bei Öl- und 120 Euro bei Gasbeheizung. Das zeigt: Die heutige Energiepolitik ist sozial verantwortungslos! Ein aktuelles Gutachten des Bundesrechnungshofes bestätigt die gravierenden Mängel der „Energiewende“ unter den Aspekten der sozialen Gerechtigkeit und der Versorgungssicherheit. Der gesetzlich verankerte Einspeisevorrang sowie garantierte Vergütungen für nicht wettbewerbsfähige Arten der Energieerzeugung sind planwirtschaftliche Instrumente, die zu Produktivitäts- und Wohlfahrtsverlusten führen und die Deutschlands Wettbewerbsfähigkeit schaden.

Die einseitige Ausrichtung auf instabile („volatile“) Energiequellen wie Wind und Sonne sowie der erzwungene Ausbau der Elektromobilität steigern das Risiko überregionaler und langanhaltender Netzausfälle („Blackouts“). Am 8. Januar 2021 stand Deutschland kurz vor einem Systemzusammenbruch. Die Vermeidung von Netzausfällen erfordert immer häufiger Eingriffe in den Netzbetrieb, die zuletzt zu jährlichen Kosten in Höhe von 2 Milliarden Euro geführt haben. Insbesondere der Ausbau der Windkraft und der Solarstromerzeugung sowie der damit verbundene Ausbau von Stromtrassen führen zu massiven Eingriffen in die Natur und zur Zerstörung unserer Kulturlandschaften. Am Ende stehen unsichere Versorgung und Naturzerstörung, bezahlt mit dem Geld der Bürger. Das zeigt: Die „Energiewende“ ist gescheitert!

### **III. Technologischer Fortschritt ist der Schlüssel**

Anstatt der ideologisch motivierten Energiewende befürworten wir eine maßvolle und verbraucherorientierte Förderung und technologische Weiterentwicklung von Anlagen zur Nutzung erneuerbarer Energien. Sie können langfristig einen Beitrag zur Energieversorgung Deutschlands leisten, wenn sie einen maßvollen Anteil am Energiemix einnehmen. Die dafür nötigen Technologien müssen jedoch konsequent weiterentwickelt werden. Das Ziel muss eine technologisch umsetzbare, grundlastfähige und für ausnahmslos alle Privathaushalte bezahlbare Energieversorgung sein. Eine Förderung nicht konkurrenzfähiger Technologien für das Erzeugen von Energie aus Wind und Sonne lehnen wir hingegen ab.

### **IV. Der SuedLink: Teuer und überflüssig**

Die als SuedLink bekannte Stromtrasse zwischen den Stromerzeugungsgebieten in Norddeutschland und den industriellen Ballungszentren im Süden Deutschlands wäre ohne die „Energiewende“ nicht notwendig. Sie ist ebenso wie der SuedOstLink dem politisch erzwungenen und nicht marktwirtschaftlichen Ausbau der erneuerbaren Energien bei gleichzeitiger Abschaltung konventioneller Kraftwerke geschuldet. Die bis zu 100 Meter breite Trassenschneise stellt einen zerstörerischen Eingriff in Landschaft und Natur dar. Die bei einer Trassenlänge von über 700 km erwartbaren Übertragungsverluste tragen zu einer weiteren Verschwendung und damit verbundenen Verteuerung bei. Die Flächen im unmittelbaren Umkreis der Trasse dürfen weder forst- noch landwirtschaftlich bearbeitet werden, was Flächenverlusten gleichkommt. Gleichzeitig reichen die geplanten Kapazitäten des SuedLinks absehbar nicht aus, weshalb schon der Erweiterung der Trasse das Wort geredet wird. Eine vernunft- und faktenbasierte Energiepolitik dagegen macht die Monstertrassen überflüssig.

### **V. Kernenergie: Kein Auslaufmodell**

Kernenergie stellt seit Jahrzehnten eine wichtige Säule für die zuverlässige, grundlastfähige und umweltfreundliche Energieerzeugung dar. Fortschritte in der modernen Kerntechnik machen diese Energieform zudem noch sicherer, weshalb Staaten weltweit nach wie vor auf diese Energiequelle setzen. Die Kerntechnik ist daher auch eine Chance für den Forschungs- und Industriestandort Deutschland. Moderne Technologien wie inhärent sichere Reaktoren der vierten Generation, die Kernfusion und umweltschonende Aufbereitungsverfahren können helfen, der deutschen Industrie wieder eine Spitzenposition im Bereich der Kerntechnik zu sichern. Vorhandene Kapazitäten für eine unvoreingenom-

mene und international eingebundene Forschung müssen erhalten und ausgebaut, Kernforschungszentren wiedererrichtet werden. So kann auch das Wissen um Bau und Betrieb fortschrittlicher Reaktoren der Generation III+ und IV, insbesondere natriumgekühlter Schnellreaktoren, Flüssigsalzreaktoren wie Dual-Fluid-Reaktoren sowie Kernfusions- und Hybridreaktoren hierzulande gewonnen werden. Da sich abzeichnet, dass der „Atommüll“ von heute der Rohstoff von morgen ist, gilt es, verwertbare Reststoffe aus Kernkraftwerken für eine zukünftige Nutzung so zu lagern, dass sie zurückgeholt und genutzt werden können („geschlossener Brennstoffkreislauf“). Der Ausstieg aus der Kernenergie muss korrigiert werden!

## **VI. Erdgas: Eine flexible und grundlastfähige Energiealternative**

Die konventionelle Stromerzeugung mit Gaskraftwerken bleibt im deutschen Energiemix weiterhin insbesondere zur grundlastfähigen Energieversorgung unentbehrlich. Erdgas leistet darüber hinaus einen Beitrag zur Wärmeversorgung. An dieser umweltfreundlichen Energiequelle ist festzuhalten, zumal mit der Ostsee-Erdgasleitung „Nord Stream 2“ langfristig günstige Gaspreise in Aussicht stehen. „Nord Stream 2“ trägt zur Stabilität der Energieversorgung bei und ist damit auch für Thüringen und Bayern von strategischem Interesse. Ein Abbruch der Bauarbeiten an der Gasleitung würde einen volkswirtschaftlichen Schaden in Milliardenhöhe verursachen und zum weiteren Anstieg der Energiepreise führen. Daher befürworten wir Erdgas als umweltfreundliche Energiequelle und die Fertigstellung von „Nord Stream 2“.

## **VII. CO<sub>2</sub>-Steuer: Nutzlos, da ohne Steuerungswirkung**

Die sogenannte CO<sub>2</sub>-Steuer, die auf den CO<sub>2</sub>-Ausstoß bei Wärmeerzeugung und im Verkehr erhoben wird, hat eine finanzielle Mehrbelastung für alle Bürger, insbesondere für Familien oder für Betriebe zur Folge. Die Verteuerung der Emissionen in Deutschland führt lediglich zu einer Verlagerung des CO<sub>2</sub>-Ausstoßes, denn die nicht in Deutschland verbrauchten fossilen Brennstoffe gelangen über die Rohstoffmärkte in andere Länder und werden dort verbrannt. An den weltweiten Gesamtemissionen ändert sich also durch die deutschen Maßnahmen nichts. Die naturschutzpolitisch sinnlose CO<sub>2</sub>-Steuer muss abgeschafft werden!

## **VIII. Energiepreise: Eine neue soziale Frage**

Die Energiekosten in Deutschland gehören weltweit zu den höchsten. Das bekommen neben den Privathaushalten vor allem energieintensive Unternehmen zu spüren. Diese wandern folglich in zunehmendem Umfang aus. Die Folgen sind Wohlstands- und Arbeitsplatzverluste sowie eine voranschreitende Deindustrialisierung Deutschlands. Insbesondere kleine und mittelständische Betriebe, die nicht einfach wegziehen können, verlieren aufgrund steigender Energiekosten ihre Wettbewerbsfähigkeit und bleiben auf der Strecke. So wirft die „Energiewende“ eine neue soziale Frage auf. Denn immer mehr Menschen leiden unter den steigenden Energiekosten. So wundert nicht, dass die Anzahl der Stromsperrungen in den vergangenen Jahren deutlich zugenommen hat und bis zu 300.000 Haushalte pro Jahr betrifft. Soziale Verwerfungen sind auch an anderer Stelle ein Charakteristikum der „Energiewende“: Wohlhabende Kapitalinvestoren erwirtschaften durch Investitionen in Wind- und Solarparks eine staatlich garantierte Rendite auf Kosten der Stromkunden. Es liegt auf der Hand: Die Energiewende ist unsozial!

## IX. Forderungen

Die Energieversorgung muss wieder auf eine marktwirtschaftliche Basis gestellt und von ideologisch motivierter, staatlicher Fehlsteuerung befreit werden. Das EEG muss aufgehoben, der Einspeisevorrang sowie die Zwangsvergütung gestrichen werden.

Zusätzliche Belastungen der Bürger und der Wirtschaft durch die CO<sub>2</sub>-Steuer und die EEG-Umlage sind abzuschaffen.

Die Erdgasleitung „Nord Stream 2“ ist fertigzustellen und moderne Gaskraftwerke sind auszubauen.

Um für immer wahrscheinlicher werdende Netzausfälle gewappnet zu sein, muss der Katastrophenschutz kurzfristig technisch, personell und organisatorisch auf großräumige Versorgungsausfälle vorbereitet werden. Mittelfristig sind die Grundlastfähigkeit und Netzstabilität wieder herzustellen.

Vorhandene Forschungskapazitäten im Bereich der Kerntechnologie gilt es zu erhalten und zu erweitern.

Die Natur- und Landschaftszerstörung durch den hemmungslosen Ausbau von Windkraftanlagen, Solaranlagen und Stromtrassen ist zu beenden, denn unsere Heimat liegt uns am Herzen.